



# Presseinformation

**Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) und der Deutschen Umwelthilfe (DUH)**

Naturschutz/ Biodiversität/ Kommunen

## Dialogforum zur biologischen Vielfalt in Kommunen

- **Städte und Gemeinden engagieren sich für die Biodiversität**
- **Kommunales Bündnis für biologische Vielfalt wird angestrebt**

**Bonn, 4. Februar 2010:** Der Einsatz für die biologische Vielfalt ist für Städte und Gemeinden ein wichtiges Anliegen. Das wurde gestern auf dem Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“ deutlich, zu dem das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) nach Bonn eingeladen hatten. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter von mehr als 30 Kommunen sowie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund erarbeiteten gemeinsam den Vorschlag für eine entsprechende Deklaration. Diese soll in den folgenden Wochen den Kommunalparlamenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Mit der Unterzeichnung wollen die teilnehmenden Städte und Gemeinden ihren Willen bekunden, sich weiter für die Biodiversität in den Kommunen zu engagieren.

„Den Kommunen kommt für den Erhalt der biologischen Vielfalt eine Schlüsselrolle zu. Denn gerade Siedlungsräume zeichnen sich durch eine beachtliche Vielfalt an Arten und Lebensräumen aus. Vor allem aber ist die kommunale Ebene diejenige Politikebene, die den Bürgern am nächsten ist. In den Städten und Gemeinden werden wesentliche konkrete Handlungsentscheidungen getroffen. Sie haben zudem die unmittelbare Möglichkeit, das öffentliche Bewusstsein zur Bedeutung der biologischen Vielfalt zu stärken“, erklärte Prof. Beate Jessel, Präsidentin des BfN während des Dialogforums. Das BfN und die DUH begrüßen daher ausdrücklich die Überlegungen der Kommunen, sich zu einem „Bündnis für biologische Vielfalt“ zusammenzuschließen. Dies sei ein erfreuliches Signal. BfN und DUH seien gerne bereit, weitere Aktivitäten im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und zu begleiten, sagte die BfN-Präsidentin.

Ziel des Dialogforums „Biologische Vielfalt in Kommunen“ war es, die Vertreter der Kommunen mit der Nationalen Strategie der Bundesregierung zur biologischen Vielfalt bekannt zu machen. Dabei wurden ihre Inhalte und die Bedeutung für die kommunale Ebene aufgezeigt. Außerdem stand die Frage im Mittelpunkt, welchen Beitrag die Städte und Gemeinden zur Umsetzung der Strategie leisten können, wie die biologische Vielfalt verstärkten Niederschlag im kommunalen Handeln finden kann und wie die Kommunen in Ihrem Engagement und bei Ihren Aktivitäten unterstützt werden können. Im Ergebnis des Dialogforums wurde gemeinsam die Bonner Erklärung „Biologische Vielfalt in Kommunen“ erarbeitet, welche konkrete Handlungsansätze für Kommunen beinhaltet und nun von den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern in die Kommunalparlamente getragen werden soll. In der Deklaration sprechen sich die Kommunen u. a. dafür aus, die Anforderungen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bewusst in die Entscheidungen auf kommunaler Ebene einzubeziehen. „Viele Städte und Gemeinden in Deutschland leisten bereits heute sehr viel für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Mit der Deklaration wird deutlich gemacht, dass die Kommunen sich den Herausforderungen stellen, sie benötigen ihrerseits aber auch die Unterstützung von Bund und Ländern“, so Axel Welge vom Deutschen Städtetag.

„Wenn Kommunen sich vor Ort gezielt für die Erhaltung der biologischen Vielfalt engagieren und wirksame Maßnahmen umsetzen sollen, dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden“, betonte in diesem Zusammenhang Robert Spreter, Leiter Kommunaler Umweltschutz bei der DUH. „Allein ein Appell an die Verantwortung der Städte und Gemeinden würde wohl ungehört verpuffen.“

Um das Engagement und die Netzwerkarbeit der Städte und Gemeinden im Bereich biologische Vielfalt zu verstetigen, wurde auf dem Dialogforum zudem die Gründung eines „Bündnisses der Kommunen“ für die biologische Vielfalt angeregt. Das Bündnis soll mit zahlreichen konkreten Vorteilen für die Kommunen verbunden sein. Dazu gehörten unter anderem der bundesweite Erfahrungsaustausch, die Verbreitung guter Beispiele und nicht zuletzt die Möglichkeit, gemeinsam größere Unterstützungsleistungen bei Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu akquirieren. „Der Zusammenschluss in einem Bündnis bietet den Kommunen viele Möglichkeiten, ihre Bemühungen um den Schutz der biologischen Vielfalt weiter zu verstärken. Die Kommunen erwarten aber die Bereitstellung finanzieller Fördermittel für den Erhalt der biologischen Vielfalt, beispielsweise in Form eines Biodiversitätsfonds“, erklärte Ute Krienmeier vom Deutschen Städte und Gemeindebund.

Deutlich wurde auf dem Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“, dass mit dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt auf kommunaler Ebene vielfältige Aufgabenbereiche berührt sind, die neben der Gestaltung und Pflege von Grün- und Freiflächen etwa auch Belange des Gewässerschutzes, der Förderung umweltverträglicher Landnutzungsformen sowie erzielbare Synergien zwischen dem Naturschutz und einer Abmilderung der Folgen des Klimawandels betreffen. Nicht zuletzt kann der Einsatz für den Erhalt der biologischen Vielfalt auch aktiv für das Tourismus- und Stadtmarketing und damit für eine positive Imagegestaltung eingesetzt werden. Die Teilnehmer des Dialogforums waren sich einig, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt für die Lebensqualität in den Kommunen von großer Bedeutung ist und ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen in Deutschland erfordert. Sie begrüßten die Initiative des Bundesamtes für Naturschutz, die Städte und Gemeinden aktiv in den Umsetzungsprozess der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt einzubinden. Alle interessierten Kommunen sind herzlich eingeladen, sich diesem Prozess anzuschließen!

### **Hintergrund:**

Das Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“ ist Teil des Dialog-Prozesses zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, die 2007 von der Bundesregierung verabschiedet wurde. Die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt wendet sich als gesamtgesellschaftliche Strategie an alle gesellschaftlichen Akteure, an die Kommunen, aber auch die Länderregierungen, an die Verbände, an die Wirtschaft und an viele mehr.

Die Nationale Strategie zu biologischen Vielfalt enthält zahlreiche Ansatzpunkte für die Kommunen, welche als unmittelbarer Bezugs- und Lebensraum aller Beteiligten einen wichtigen Ausgangspunkt für den Umsetzungsprozess bilden. So enthält die Strategie eine Vision für urbane Landschaften, die mit Zielen und Maßnahmen untersetzt ist. Die Vision für die Zukunft lautet: Unsere Städte weisen eine hohe Lebensqualität für die Menschen auf und bieten vielen, auch seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum. Vielfältiges Grün verbessert Luftqualität und Stadtklima. Es bietet umfassende Möglichkeiten für Erholung, Spiel und Naturerleben für Jung und Alt.

Folgende Ziele wurden von der Bundesregierung beschlossen: Bis zum Jahre 2020 soll die Durchgrünung der Siedlungen einschließlich des wohnumfeldnahen Grüns wie z.B. Hofgrün, kleine Grünflächen, Dach- und Fassadengrün, deutlich erhöht sein. Öffentlich zugängliches Grün mit vielfältigen Qualitäten und Funktionen soll spätestens in 2020 i. d. R. fußläufig zur Verfügung stehen. Hierfür sollen alle vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden, um die direkte Umgebung von Wohngebäuden zu verbessern - z. B. durch Entsiegelung, Hof- und Gebäudebegrünung, Rückbau und Beruhigung von Straßen.

### **Für Rückfragen:**

*Alice Kube, Bundesamt für Naturschutz, Außenstelle Leipzig, Karl-Liebknecht-Str. 143, 04277 Leipzig. Tel.: 0341 30977-36, Fax: 0341 30977-40, E-Mail: [alice.kube@bfn.de](mailto:alice.kube@bfn.de)*

*Robert Spreter, Deutsche Umwelthilfe e.V., Kommunaler Umweltschutz, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell. Tel.: 07732 9995 -30, Fax: 07732 99 95 -77, E-Mail: [spreter@duh.de](mailto:spreter@duh.de)*